

Das Ausbildungskommando des Heeres stellt sich neu auf: Lehren aus dem Ukraine-Krieg prägen Ausbildung für Landes- und Bündnisverteidigung

Im Rahmen einer fünftägigen politischen Bildungsreise der GSP-Sektion Ostwürttemberg unter der Leitung von Sektionsleiter Gerhard Ziegelbauer besuchten fast 50 Teilnehmer am 11. November 2025 das Ausbildungskommando des Heeres in Leipzig. Im Mittelpunkt stand die strategische Neuausrichtung der Ausbildungsorganisation angesichts der veränderten sicherheitspolitischen Lage in Europa.

Der Leiter des Dezernats Zentrale Aufgaben, Oberstleutnant i.G. W., betonte, dass die Landes- und Bündnisverteidigung nun klar im Fokus steht. Ziel aller Ausbildung sei die „Kriegstüchtigkeit“ – ein Begriff, der die neuen Anforderungen deutlich macht. Die Ausbildung wird zentral gesteuert, jährlich werden rund 30.000 Soldaten in zwölf Truppschulen und sechs weiteren Einrichtungen geschult. Moderne Gefechtsübungs- und Simulationszentren integrieren dabei gezielt Erkenntnisse aus dem Krieg in der Ukraine, etwa zu Drohnenabwehr und moderner Gefechtsführung. Das Prinzip der Auftragstaktik bleibt dabei erhalten, so die Aussage des Dezernatsleiters.

Die Gäste erfuhren zudem Kernelemente des neu entwickelten Intensivprogramms „Ausbildung in Krise und Krieg“, in dem eine Verdichtung der Ausbildungsinhalte und eine Verkürzung der Ausbildungsdauer für Offiziere und Unteroffiziere auf bis maximal ein Jahr vorgesehen ist. Erfahrungen aus der Ausbildung ukrainischer Soldaten fließen hier direkt ein, um im Ernstfall schnell Personalersatz bereitstellen zu können.

Auch der Heimatschutz und seine Aufgaben wurde thematisiert – von der Unterstützung der Host Nation Deutschland als Drehscheibe für Logistik der NATO bis zum Schutz kritischer Infrastruktur. Trotz Herausforderungen herrscht Zuversicht: Mit konsequenter Anpassung der Ausbildung will das Heer bis 2029 die volle Verteidigungsbereitschaft erreichen.

Gedenken im Wald der Erinnerung am Gründungstag der Bundeswehr 12.11.1955

Stille und Nachdenklichkeit prägten den Besuch im ‚Wald der Erinnerung‘. Zwischen den ehrwürdigen Stelen und den Ehrenhainen aus den Einsatzgebieten wurde die Realität des Opfers greifbar: Über 120 Namen, jeder ein Leben, eine Geschichte, ein Kamerad. Für manche der Besucher waren es vertraute Namen – Freunde, Weggefährten, die nicht zurückkehrten. Die individuell gestalteten Gedenkschilder an den Bäumen machten die persönliche Trauer sichtbar und ließen spüren, wie tief die Wunden reichen. Als Gerhard Ziegelbauer im Namen der GSP-Sektion eine Grabschale am Denkmal niederlegte, war es mehr als ein symbolischer Akt – es war ein stilles Versprechen, die Erinnerung an die Gefallenen und Verstorbenen der Bundeswehr lebendig zu halten.

Geheimnisvolle Welt trifft Offenheit: Besuch im BND-Besucherzentrum

Der Besuch beim Bundesnachrichtendienst war für die GSP-Reisegruppe aus Ostwürttemberg ein besonderes Erlebnis. Schon die strengen Sicherheitskontrollen am Eingang erinnerten an die geheimnisvolle Welt eines Geheimdienstes, die sonst nur aus Filmen bekannt ist. Doch im modernen Besucherzentrum zeigte sich der BND von einer neuen, offenen Seite: Ein Mitarbeiter, der nahezu alle Fragen der Gäste beantwortete sowie eine Ausstellung mit anschaulichen Exponaten und anonymisierten Berichten aus dem Arbeitsalltag, die deutlich machte, wie vielfältig die Aufgaben sind – von klassischen Verwaltungsarbeiten über IT-Sicherheit bis hin zu nachrichtendienstlichen Einsätzen im In- und Ausland. Ergänzt wurde die Ausstellung durch einen historischen Rückblick, der die Entwicklung des Dienstes nachvollziehbar machte und so einen spannenden Einblick in eine Institution bot, die lange Zeit im Verborgenen wirkte.

Schloss Bellevue

Eine fünfundzwanzigköpfige Gruppe der GSP Ostwürttemberg hatte bei ihrer Berlinfahrt die Möglichkeit den Sitz des Bundespräsidenten zu besichtigen. Das **Schloss Bellevue** liegt am Nordrand des Großen Tiergartens zwischen der Spree und der Siegessäule. Die klassizistische Dreiflügelanlage nach französischem Muster wurde 1785/1786 von Michael Philipp Boumann als Sommerresidenz für den preußischen Prinzen August Ferdinand erbaut und seitdem mehrmals umgebaut.

Nach schweren Beschädigungen im Zweiten Weltkrieg wurde das Schloss von 1955 bis 1959 nach dem traditionellen barocken Schlossbauschema äußerlich originalgetreu wiederaufgebaut. Das Innere des Schlosses wurde wiederholt umgestaltet.

Aus der Entstehungszeit blieb dabei lediglich der 1791 von dem Architekten Carl Gotthard Langhans entworfene Ballsaal im Obergeschoss des Schlosses erhalten.

Mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland 1949 wurde das Schloss Bundeseigentum. Ab 1957 diente es neben der Villa Hammerschmidt in Bonn als zweiter und Berliner Amtssitz des Bundespräsidenten.

Nachdem sich der 12. *Deutsche Bundestag* 1991 für den Umzug des Parlaments nach Berlin entschieden hatte, verlegte Bundespräsident Richard von Weizsäcker im Januar 1994 den ersten Amtssitz des Staatsoberhauptes von der Villa Hammerschmidt in Bonn nach Berlin.

Die früheren Wohnräume im linken Seitenflügel sind zu einem Bürotrakt für den Präsidenten umgebaut worden. Als Wohnsitz dient den Bundespräsidenten seit 2004 die Villa Wurbach in Berlin-Dahlem.

Ist die Besichtigung von Schloss Bellevue schon im Grundsatz etwas Besonderes, so hatte diese Führung einen noch viel gewichtigeren Charakter, war doch die Gruppe von der Ostalb eine der letzten, die das Anwesen vor der mehrjährigen Umbau- und Renovierungsphase besichtigen durfte.

Am Abend wurde die Vertretung des Landes Baden-Württemberg beim Bund besucht. Sie befindet sich im Botschaftsviertel am Berliner Tiergarten, sie fungiert als Bindeglied der Landesregierung mit dem Bundesrat und unterhält enge Beziehungen zum Deutschen Bundestag und zur Bundesregierung. Die Landesvertretung bereitet für Baden-Württemberg die Bundesratssitzungen vor und arbeitet dabei eng mit dem Staatsministerium und den Fachministerien in Stuttgart zusammen.

Sie dient als Schaufenster des Landes in der Bundeshauptstadt. Zahlreiche Veranstaltungen präsentieren die Vielfalt des Landes und bringen Themen vom Ländle auf die Berliner Bühne. Die Vertretung ist Begegnungsstätte für Bundes-, Landes- und Kommunalpolitiker, für Vertreter der Wirtschaft, Gewerkschaften, Verbände und Kirchen. Außerdem sind Vereine und Besuchergruppen regelmäßig zu Gast in der Vertretung, außerdem pflegt sie Kontakt zu den ausländischen Botschaften in Berlin.

Ein weiterer Höhepunkt des Abend war ein Vortrag mit dem Präsident der Gesellschaft für Sicherheitspolitik Dr. Rainer Bartels zum Krieg zwischen Russland und der Ukraine.

Ein weiterer Höhepunkt der Reise war der Besuch des Roten Rathaus in Ostberlin.

Das Rote Rathaus ist das Berliner Rathaus, der Sitz des Regierenden Bürgermeisters, der Senatskanzlei und Tagungsort des Senats von Berlin.

Errichtet wurde es von 1861 bis 1871 nach Plänen Hermann Friedrich Waesemanns als Sitz des Oberbürgermeisters, der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats von Berlin.

Erster Kriegsverlust im Zweiten Weltkrieg war 1940 die Abgabe des Bronzebrunnens für die „Metallspende des deutschen Volkes“. Im November 1943 zerstörte ein Luftangriff den Festsaal. Es folgten Schäden durch weitere Luftangriffe im Herbst 1944 und am 03. Februar 1945. Am 22. April traf sowjetischer Artilleriebeschuss das bis dahin zu einem Drittel beschädigte Haus. Am 12. Mai brannte der Bibliotheksaal ab. Bereits Ende Mai begannen Mitarbeiter mit Instandsetzungen des jetzt zu 50 Prozent zerstörten Hauses.

Das Gebäude wurde am 30. November 1955 offiziell wieder eingeweiht

Die erste Sitzung der „Volksvertretung Groß-Berlin“ fand am 30. November 1956 im wieder aufgebauten Roten Rathaus statt.

Der Senat und das Abgeordnetenhaus von West-Berlin hatten bis 1991 ihren Sitz im Rathaus Schöneberg. Am 01. Oktober 1991 kehrte wie 1955 bei einer Einweihung vorhergesagt, im wiedervereinigten Berlin die Verwaltung der Stadt ins Rote Rathaus zurück. Es dient seitdem als Sitz des Berliner Senats und des Regierenden Bürgermeisters.

Bundesministerium der Verteidigung

Ein weiteres Highlight der Berlintour war das **Bundesministerium der Verteidigung (BMVg)**. Das BMVg ist innerhalb der Bundesregierung das Fachressort für die militärische Verteidigung und alle Angelegenheiten der Bundeswehr, höchste militärische Kommandobehörde für die Streitkräfte und oberste Dienstbehörde für die Bundeswehrverwaltung, ohne selbst Teil von beiden zu sein.

Unter der Führung von Major Schönowsky wurde die Besucher in den Aufbau und die Gliederung des Ministeriums eingewiesen.

Streitkräfte und zivile Organisationsbereiche bilden zusammen die Bundeswehr. Das Bundesministerium ist als oberste Bundesbehörde weder Teil der Streitkräfte noch der Bundeswehrverwaltung.

Der erste Dienstsitz des Ministeriums befindet sich auf der Hardthöhe in Bonn, ein zweiter Dienstsitz seit 1993 im Bendlerblock in Berlin. Am Dienstsitz Berlin sind rund 1.600 Mitarbeitende und am Dienstsitz Bonn rund 1.400 Mitarbeitende beschäftigt. Zwei Drittel sind zivile Beschäftigte (Beamte und Angestellte) ein Drittel sind Soldaten.

Die Teilnehmer durften eigene Themenpunkte auf die Agenda setzen, so dass ein flexibler Vortrag entstand. Dabei wurde unter anderem auf die aktuelle Situation in der Ukraine und die Destabilisierungsversuche Russlands eingegangen, aber auch die Personalentwicklung und das Thema Wehrdienst diskutiert.

Im Anschluss trafen sich die Berlinfahrer am Ehrenmal der Bundeswehr und Sektionsleiter legte dort einen Kranz für die in Ausübung ihres Dienstes ums Leben gekommenen Angehörigen der Bundeswehr nieder.

Mödlareuth

Auf der Rückfahrt gab es noch ein abschließendes Highlight. Den Besuch des Örtchens **Mödlareuth** an der ehemals innerdeutschen Grenze. Mödlareuth ist ein Dorf mit weniger als 50 Einwohnern, welches mit einem Teil im Freistaat Thüringen (Saale-Orla-Kreis mit 34 Einwohnern) und dem anderen Teil im Freistaat Bayern (Landkreis Hof mit 21 Einwohnern) im Vogtland nahe Hof (Saale) liegt. Die innerdeutsche Grenze verlief 41 Jahre lang mitten durch das Dorf, entlang des Tannbachs.

1945 kam Thüringen, zu dem das frühere Fürstentum Reuß seit 1920 gehörte, zur sowjetischen, Bayern hingegen zur amerikanischen Besatzungszone. Als 1949 die Gründung der Bundesrepublik Deutschland und die Gründung der DDR erfolgte, verlief durch den Ort die Grenze zwischen beiden deutschen Staaten. Der Verkehr zwischen den beiden Teilen war nun nur noch mit Passierschein und „kleinem Grenzschein“ möglich.

Mödlareuth-Nord gehörte zur Deutschen Demokratischen Republik (Land Thüringen) und Mödlareuth-Süd zur Bundesrepublik Deutschland (Freistaat Bayern).

Die DDR begann ab 1952 damit, die innerdeutsche Grenze einseitig von Osten her mit Sperranlagen zu versehen, um die „Republikflucht“ ihrer Bürger zu verhindern. Fortan lag Mödlareuth im sogenannten *Schutzstreifen* der DDR-Grenze und durfte von Bundesbürgern bis 1989 gar nicht und durch DDR-Bürger von außerhalb des Sperrgebietes nur noch mit besonderer Genehmigung betreten werden. Aus Sicht des SED-Regimes „unzuverlässige“ Bewohner grenznaher Gebiete wurden zwangsumgesiedelt (sog. „Aktion Ungeziefer“), so auch einige Bewohner von Mödlareuth. Hierbei handelte es sich um reine Willkürmaßnahmen.

Die direkt an der Grenze stehende *Obere Mühle* wurde abgerissen, nachdem ihren Bewohnern kurz zuvor noch die Flucht in das nur einen Schritt entfernte Bayern gelungen war.

1952 wurde auf DDR-Seite zunächst ein übermannshoher Bretterzaun errichtet, der 1958 durch einen Stacheldrahtzaun ersetzt wurde. Im Jahr 1966 bauten die Grenztruppen der DDR eine Betonmauer ähnlich der Berliner Mauer, wie sie auch bei anderen Orten direkt an der Grenze als Sperrmauer und Sichtblende entstand. Lediglich im Jahr 1973 gelang es einem DDR-Bürger, die Mauer bei der *Unteren Mühle* (die danach von den DDR-Grenztruppen abgerissen wurde) zu überwinden und in die Bundesrepublik zu flüchten. Außerhalb der eigentlichen Ortslage von Mödlareuth bestanden die DDR-Grenzsperranlagen aus einem Metallgitterzaun, an dem bis 1983 auch Selbstschussanlagen montiert waren.

Während der Zeit der deutschen Teilung stand der DDR-Teil des Dorfes Tag und Nacht unter schärfster Bewachung, während sich die Mauer auf bundesdeutscher Seite zu einer Touristenattraktion entwickelte. Die in der Region stationierten amerikanischen Soldaten gaben dem Ort den Spitznamen *Little Berlin*.

Mit der politischen Wende in der DDR und der Öffnung der innerdeutschen Grenze am 9. November 1989 begehrt auch die Mödlareuther auf, so am 9. Dezember 1989 ein Grenzübergang für Fußgänger in Mödlareuth eröffnet werden konnte. Am 17. Juni 1990 wurde ein Teilstück der Mödlareuther Mauer auf Initiative der beiden „Ortsbürgermeister“ Arnold Friedrich und Herbert Hammerschmidt durch einen Bagger abgerissen. Ein Teilstück blieb als Mahnmal erhalten und ist heute Bestandteil des Deutsch-Deutschen Museums Mödlareuth.

Der thüringische Teil des Dorfes Mödlareuth gehört heute zur Stadt Gefell, der bayerische Teil zur Gemeinde Töpen.

In Mödlareuth befindet sich seit 1994 das Deutsch-Deutsche Museum Mödlareuth mit Exponaten zur innerdeutschen Grenze und einem Freibereich mit einem Originalstück der Mauer, das nach der Wiedervereinigung als Mahnmal erhalten wurde, und einer nachgebauten Sperranlage, wie sie für die Grenze der DDR typisch war.

Zwar kann man heute wieder ungehindert von einer Hälfte des Dorfes in die andere gelangen, einige Unterschiede sind allerdings geblieben. So existieren – bedingt durch die Zugehörigkeit des Ortes zu zwei Bundesländern, Landkreisen und Gemeinden – unterschiedliche Ortsschilder, Postleitzahlen und Telefonvorwahlen, die Einwohner wählen getrennt und die Kinder besuchen unterschiedliche Schulen.